

**Quelle: Die Zeit**

Provided by GENIOS

POLITIK, Leitartikel

# Atlantische Aufwallungen

**Bündnisfall Irak: Europa macht gegen USA mobil****\* Josef Joffe \***

Wir sind keine "Satelliten" Amerikas, sagt Außenminister Fischer - auch keine "Speichellecker", legt Parteifreund Rezzo Schlauch nach. Was würde Prof. Freud dazu sagen? "Ein bedenklicher Fall von Selbsttherabsetzung durch Auftrumpfen. Die Herren kreiden den Amerikanern die eigenen Ohnmachtsgefühle an und bekräftigen so, was sie abzuwehren wünschen."

Aber lassen wir unser aller Onkel Sigmund, lauschen wir lieber dem französischen Strategen François Heisbourg im Hier und Jetzt, der nüchtern konstatiert: "Je schriller wir (Europäer) klingen, desto schwächer wirken wir." Man wünscht sich etwas mehr Gelassenheit und Selbstsicherheit von unseren Repräsentanten, auch etwas weniger Wahlkampfretorik. Doch hat die Aufwallung über den Atlantik hinweg gute Gründe. Dahinter steckt das altbekannte Drama der Asymmetrie zwischen der Neuen und der Alten Welt. Neu ist bloß die Aufheizung dieses Dauerbrenners: durch die Allmachtsgefühle der Amerikaner nach dem Blitzsieg in Afghanistan und die krasse Unfähigkeit der Europäer, ihnen ein wirtschaftliches, geschweige denn militärisches Widerlager entgegensetzen.

Die Europäer fühlen sich beleidigt - zu Recht. Wie noch keine Administration zuvor, tun die Bushisten ihnen den größten Tort überhaupt an: den der Indifferenz. Haben sie deren Afghanistan-Einsatz nicht als bloße Garnitur betrachtet - als nett, aber nicht

notwendig? Hat nicht Colin Powell ihnen, wiewohl diplomatisch verbrämt, die Irrelevanz bescheinigt, indem er öffentlich über "Zeiten" nachsann, "in denen wir allein handeln müssen"? Und nun der Irak, wo die USA offensichtlich nach der Rumsfeld-Regel vorgehen wollen: "Die Aufgabe bestimmt die Koalition, nicht umgekehrt." Sprich: We are in charge.

Der Sünde der demonstrativen, ja selbstgefälligen Indifferenz entspricht diesseits des Atlantiks die klassische Versuchung des Antiamerikanismus - nicht im offiziellen, aber im veröffentlichten Diskurs. Wie aber kann notwendige Kritik Antiamerikanismus sein, lautet die probate Frage? Der Test ist einfach. Kritik richtet sich immer gegen eine Politik, und die ist in einem Bündnis so lebenswichtig wie in einer Demokratie.

Antiamerikanismus aber folgt dem klassischen Dreiklang eines jeden "Anti-ismus": Stereotypisierung ("so sind sie, die Amis - krude ... kapitalistisch ... kriegstreiberisch"), Dämonisierung ("streben nach Weltherrschaft ... zerstören unsere Kultur"), schließlich Exorzierung ("wir müssen sie eindämmen ... aus unserer Welt verbannen").

Angst vor der entfesselten Supermacht

Derweil es sich Europäer auf dem Hochsitz der Moral bequem machen ("Ihr habt die Macht, wir aber haben den Sozialstaat"), giften Amerikaner mit Begriffen wie "Hysterie" zurück - so eine Kolumne in der aktuellen Newsweek-Ausgabe. Doch den

sehr realen politischen Konflikt zwischen Europa und Amerika hilft derlei Aufwallung nicht lösen. Real ist: Washington probt den Krieg gegen Saddam, Europa sagt: Ohne uns. Die Amerikaner fühlen sich vom Irak bedroht, die Europäer nicht. Oder vielleicht mehr von der entfesselten Supermacht als von den Massenvernichtungswaffen eines keineswegs geläuterten Diktators.

Dabei bleibt jeder dem anderen die wichtigsten Antworten schuldig. Wie, bitte schön, will Bush den Erzfeind stürzen, ohne die Region, zumindest aber die Ölfelder in Brand zu stecken? Ohne Verbündete von Gewicht im Inneren des Irak, (fast) ohne Verbündete außerhalb? Mit Bomben allein funktioniert es nicht; ohne Nordallianz, ohne russische Waffenhilfe für deren Truppen wäre das Taliban-Regime womöglich noch heute nicht vertrieben. Was kommt nach dem Sturz? Noch mehr weltpolizeiliches Ausgreifen durch die "Hypermacht", derweil sich EU und Uno um die Aufräumarbeit kümmern dürfen?

Die Europäer bleiben andere Antworten schuldig. Sie setzen auf die UN, auf die Rückkehr der Waffeninspektoren - just auf jene Hoffnungen, die Saddam seit 1998 mit höhnischer Gebärde zunichte macht. Muss nicht unter dem Samthandschuh der Diplomatie die gepanzerte Faust des Militärischen stecken, um dem Politischen Nachdruck zu verleihen? So war's in Bosnien, so war's im Kosovo, so war's in Afghanistan. Gerade wer

## Quelle: Die Zeit

Provided by GENIOS

den Krieg nicht will, muss glaubhaft die Bereitschaft dazu demonstrieren.

Es liegt auf der Hand, dass sich solche Fragen nicht mit Termini wie "Speichelleckerei" und "Hysterie" klären lassen. Auch nicht mit

Westerwelle-Parolen vom "Widerstand", die an die unselige Tradition der deutschen Nationalliberalen erinnern. Und nicht in einem Klima der Indifferenz und Dämonisierung. Vorweg gilt das Prinzip: "Wenn wir uns in Notfällen auf sie verlassen wollen, müssen

wir die Verbündeten auch dann respektieren, wenn wir ihre Hilfe nicht benötigen." Wer das gesagt hat? George W., freilich nicht als Präsident, sondern als Wahlkämpfer.